

minellen Gruppierungen föhrende Konflikte vermieden werden. Die kriminalitatsvorbeugenden Gesichtspunkte sollten schon bei Projektierungsarbeiten berucktigt werden.

### Differenzierung bei gruppenweise begangenen Straftaten

In der gerichtlichen Tätigkeit bereitet die Beurteilung des Grades der strafrechtlichen Verantwortlichkeit und die Strafzumessung bei Jugendlichen, die in Gruppen Straftaten begangen haben, häufig Schwierigkeiten. Bei solchen Delikten geht es nicht ohne weiteres darum, daß sich im Vergleich zur Einzeltaterschaft die Verantwortlichkeit erhöhet und grundsätzlich härtere Strafen auszusprechen sind. Ein solches Herangehen würde die wirksame Bekämpfung krimineller Gruppierungen jugendlicher hemmen und kann u. U. Mitglieder solcher Gruppen noch weiter in die gesellschaftliche Isolierung drängen. Es ist vielmehr auch hier erforderlich, die strafrechtliche Verantwortlichkeit sorgfältig zu differenzieren und dementsprechend vielgestaltige Straf- und andere Bekämpfungsmaßnahmen festzulegen. Gruppendelikte jugendlicher können, müssen aber nicht notwendig zu einer härteren Bestrafung führen.

Aus den oben dargelegten verschiedenen Gründen für die Bildung krimineller Gruppierungen und aus dem sehr differenzierten Persönlichkeitsbild ihrer Mitglieder ergibt sich, daß die äußere Form des Zusammenschlusses allein noch keine ausreichende Grundlage für die Bestimmung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit und der Bekämpfungsmaßnahmen sein kann. Es müssen vielmehr neben der Art und Schwere der ausgeführten Straftaten vor allem die Zusammensetzung, die Entstehungsgründe sowie die Ziele solcher Gruppierungen sorgfältig untersucht, und es muß ergründet werden, welcher Art ihr Gegensatz zu unseren gesellschaftlichen Verhältnissen ist.

Besondere Bedeutung für die Feststellung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit und die Strafzumessung haben weiterhin die Stellung des einzelnen in der Gruppe, die bestehenden Gruppenbeziehungen und deren Einfluß auf sein kriminelles Verhalten, die mit den herkömmlichen Teilnahmeformen Anstiftung, Mit-

täterschaft und Beihilfe nicht mehr erfaßt werden können. So ist es z. B. bedeutsam,

- ob der Gruppentater Initiator der Gruppe oder nur Wortführer eines im Hintergrund stehenden Initiators ist;
- ob er die negative Gruppenatmosphere weitestgehend prägt oder unter ihrem psychologischen Zwang handelt;
- ob er zum Kern der kriminellen Gruppierung gehört oder lediglich Mitläufer ist;
- ob er sich an der gemeinsamen Ausführung der Straftaten aus einer negativen oder feindlichen Einstellung zu unserer Gesetzlichkeit beteiligte oder ob er damit seine Anerkennung durch die Gruppe anstrebte.

Gleichwohl befreien die für den jugendlichen Gruppentater sprechenden Umstände ihn nicht von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit. Diese innerhalb der kriminellen Gruppierung wirkenden Beziehungen müssen jedoch beachtet werden, um das Persönlichkeitsbild des Gruppentaters und seine verantwortungslose Entscheidung zur Teilnahme an der Gruppenstraftat richtig einschätzen zu können.

Ausgehend von diesen Feststellungen, ist die Art und Höhe der auszusprechenden Strafen bzw. Erziehungsmanahmen zu prüfen und zu entscheiden, ob auf die ganze Gruppe oder nur auf einzelne Mitglieder gerichtete Maßnahmen zu ergreifen sind. So wird man z. B. bei kriminellen Gruppierungen jugendlicher, die sich unter dem Einfluß der gegnerischen Ideologie mit ausgeprägt negativer Zielsetzung zusammengeschlossen haben und Bürger durch Gewalttätigkeiten in Unruhe versetzen, schnell und energisch zufassen und der Schwere der Straftaten entsprechende Strafen aussprechen müssen. Bei Gruppierungen jugendlicher hingegen, die aus Langeweile und niveauloser Freizeitgestaltung in einen zeitweiligen, begrenzten Widerspruch zu unserer Gesellschaftsordnung geraten und leichtere Straftaten begehen, können Strafen ohne Freiheitsentziehung, die Übertragung gesellschaftlich nützlicher Aufgaben an die ganze Gruppe oder Aussprachen in den Arbeitsbrigaden, mit den Eltern usw. die geeignetsten Maßnahmen sein.

Rechtsanwalt Dr. HERBERT DANNENBERG, Ludwigslust

## Zur Beschlußfähigkeit der LPG-Mitgliederversammlung

Die Ausführungen von Arlt und Heuer zur Beschlußfähigkeit der LPG-Mitgliederversammlung (NJ 1965 S. 604) können nicht unwidersprochen bleiben. Die Verfasser wenden sich gegen den bisher — wie sie selbst zugeben müssen — unangefochtenen Standpunkt, daß Beschlüsse der Mitgliederversammlung keine rechtliche Wirkung haben können, wenn sie unter Mißachtung der Bestimmungen über die Beschlußfähigkeit gefaßt wurden. Sie ziehen daraus die Folgerung, daß dadurch ernsthafte Hemmungen in der Entwicklung der genossenschaftlichen Demokratie entstehen müßten. Meines Erachtens muß man umgekehrt sagen, daß erste Hemmungen in der Entwicklung der genossenschaftlichen Demokratie eintreten würden, wenn der Standpunkt von Arlt und Heuer sich durchsetzen sollte.

Sämtliche Musterstatuten bestimmen eindeutig, daß die Mitgliederversammlung beschlußfähig ist, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind. Das gilt nicht nur für die im Jahre 1959 ausgearbeiteten Statuten der LPGs Typ I und III, sondern auch für das inzwischen überarbeitete und am 2. August 1962 vom Präsidium des Ministerrates bestätigte Musterstatut der

LPG Typ II (Ziff. 34). Durch diese in allen Musterstatuten enthaltene Bestimmung soll die Entwicklung zur genossenschaftlichen Demokratie gefördert und erreicht werden, daß die Mitglieder nicht nur auf dem Feld oder in der Viehwirtschaft genossenschaftlich arbeiten, sondern auch ihrer Verantwortung für die Leitung der Genossenschaft gerecht werden; denn die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ der Genossenschaft (Ziff. 54 MSt Typ I, Ziff. 33 MSt Typ II, Ziff. 57 MSt Typ III). Die Vorschrift, daß mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sein müssen, soll nicht die Entwicklung der Genossenschaft hemmen, sondern möglichst alle Mitglieder veranlassen, an den wichtigen Vollversammlungen teilzunehmen.

Es ist ein unabdingbares Erfordernis echter Demokratie, daß bei allen wichtigen Entscheidungen von Kollektiven die gesetzlich oder statutarisch festgelegte Mehrheit zu entscheiden hat. Andernfalls würde gerade „rückständigen“ Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, sich ohne schwerwiegende Folgen der Teilnahme an einer Mitgliederversammlung und damit der Verantwortung zu entziehen. Die Rechtsprechung entsprach